

Koester, Ulrich; von Cramon-Taubadel, Stephan

Article — Digitized Version

EG-Agrarreform ohne Ende? - eine Erwiderung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Koester, Ulrich; von Cramon-Taubadel, Stephan (1992) : EG-Agrarreform ohne Ende? - eine Erwiderung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 9, pp. 488-489

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136925>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

len wäre so etwas wie ein Defätist (geworden), indem er die bestehenden (agrarpolitischen) Verhältnisse nimmt, wie sie nun einmal sind. Sein Anliegen ist gerade das Entgegengesetzte, aber auch, daß dieses von seiten der Agrarökonomie nur zu erreichen ist, wenn intellektuell redlich argumentiert und nicht das Wünschenswerte mit dem Tatsächlichen vermengt wird.

Zum zweiten und genau in diesem Sinne: Koester/v. Cramon-Taubadel empfehlen personengebundene, weil „produktionsneutrale“ Kompensationszahlungen anstelle der beschlossenen „flächengebundenen direkten Transferzahlungen“ (S. 357). Wenigstens in dieser Hinsicht könnte gesagt werden, daß die Autoren einen Beitrag zu der Frage geleistet haben, wie ein angestrebtes Verteilungsziel mit Maßnahmen erreicht werden kann, die ein Minimum an Allokationsverlusten verursachen. Dabei ist aber auf die ganz unterschiedlichen, von den Autoren wie von den meisten Agrarökonomern vernachlässigten Wirkungen auf die funktionale und damit mittel-

bar auf die personale Einkommensverteilung hinzuweisen. Personengebundene Kompensationszahlungen werden die Nachfrage nach und das Angebot an Boden und Pachtflächen ganz anders beeinflussen als flächenabhängige Transferleistungen. Auch diese unterschiedlichen Verteilungswirkungen gilt es zu berücksichtigen, was etwa aus der Sicht der mit davon abhängigen Alterssicherung von großer Bedeutung ist⁴. Was in dieser Hinsicht politisch erwünscht ist, darüber gibt die Politik keine Auskunft, wahrscheinlich wohl deshalb, weil Agrarökonom es versäumt haben, sie auch auf solche Konsequenzen ihrer Entscheidungen hinzuweisen. Aber auch Agrarökonom sind offensichtlich über das, was verteilungspolitisch wünschenswert ist, keineswegs einheitlicher Meinung und so auch nicht immer derjenigen, die Koester/v. Cramon-Taubadel so überzeugt vertreten. Anders ist jedenfalls nicht erklärbar, daß in einem (noch?) nicht veröffentlichten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mindestens drei ganz verschiedene Vorschläge gemacht werden, wie eine wirkliche Reform der EG-Agrarpolitik auszusehen hätte.

⁴ Ausführlicher dazu: G. Schmitt: Direkte Einkommenstransfers und EG-Agrarreform: Zu wenig nachgedacht, in: Agra-Europe 10/92.

Ulrich Koester, Stephan von Cramon-Taubadel

EG-Agrarreform ohne Ende? – Eine Erwiderung

Günther Schmitt scheint Kontroversen zu lieben. Leider ist es aber nicht einfach, mit ihm ein wissenschaftliches Streitgespräch zu führen. Er ist widersprüchlich in dem, was er heute sagt. Er widerspricht dem, was er an anderer Stelle publiziert hat. Er setzt häufig die Äußerungen der Attackierten gleich mit denen „der“ Agrarökonom all-gemein. Er polemisiert gegen die „Sünden“ der Agrarökonom und erweckt den Eindruck, daß die Agrarökonomie eine ganz besondere Ökonomie sei, an der die wissenschaftliche Diskussion im Bereich der Nationalökonomie vorbeigegangen ist.

Wir entgegnen dennoch seiner Replik, weil Schmitt eine Frage von allgemeiner Bedeutung anspricht. Welchen Beitrag „sollten“ Agrarökonom bei der Politikanalyse leisten. Doch müssen wir gleich zu Beginn klarstel-

len: Im Gegensatz zu Schmitt wissen wir nicht, „was“ zur EG-Agrarreform zu sagen ist¹. Wir halten unterschiedliche Antworten für vertretbar, da sie stets Ausdruck einer persönlichen Werthaltung des Antwortenden sein werden.

Schmitt kritisiert an unserem Beitrag, daß wir Ziele unterstellt haben, die nicht mit denen der Politiker übereinstimmen. Er gesteht uns zu, daß wir die in unserer Analyse unterstellten Ziele deutlich herausgestellt haben, nämlich: „Die Aufgabe der Agrarpolitik sollte – aus ökonomischer Sicht – sein, die Effizienz des Agrarsektors zu erhöhen und diesen damit international wettbewerbsfähiger zu machen.“ Damit akzeptieren wir nach Schmitt den üblichen Bewertungsrahmen der Agrarökonom. „Die Agrarökonom betrachten sich als Anwälte der Allokationseffizienz, die Agrarpolitiker dagegen als die einer bestimmten Verteilungsgerechtigkeit (wofür sie ja wohl auch gewählt werden).“ Die Agrarpolitiker haben – nach Schmitt – mit der beschlossenen EG-Agrarreform bekundet, welche Einkommensverteilung von ihnen und auch

Prof. Dr Ulrich Koester, 53, lehrt am Institut für Agrarpolitik (Lehrstuhl Marktlehre) an der Universität Kiel, Dr. Stephan von Cramon-Taubadel, 30, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Lehrstuhl.

¹ G. Schmitt: Agrarökonom und die EG-Agrarreform: Was sie sagen und was dazu zu sagen ist, in: Agra-Europe 34/92, August 1992.

der Gesellschaft (!) als wünschenswert betrachtet wird. Schmitts hier präsentierte Auffassung halten wir aus mehreren Gründen – und dies ist eine Wertung – nicht für angemessen.

Gesellschaftliche Präferenzen

Nach unserer Erfahrung sind die Ziele und Maßnahmen der Politiker nicht stets ein Ausdruck der gesellschaftlichen Präferenzen. Wir hätten eigentlich gedacht, daß Schmitt auch dieser Meinung ist, schrieb er nicht 1986 zur EG-Agrarpolitik: „... the present agricultural policy of the European Community offers an impressive example of the influence of institutional arrangements of decision-making bodies in policy output, quite diverging from that found in Western parliamentary democracies. ... Farm policy decisions are made exclusively by the Council of Ministers of Agriculture, not being subject to either parliamentary control (by the European Parliament) or by Ministers of Finance. ... decisions of the Council of Ministers are subject to unanimity, exposing each country to a position of blackmail.“²

Ist es angesichts dieser Tatsachen nicht blauäugig, die von Agrarpolitikern 1992 deklarierten Ziele als Ausdruck der geltenden gesellschaftlichen Präferenz zu beachten? Es wird von uns und vielen anderen Wirtschaftswissenschaftlern als Aufgabe der Ökonomie angesehen, Ziele im Hinblick auf Konsistenz, insbesondere mit gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielen, zu überprüfen. Wir sehen z. B. einen Widerspruch zwischen den Verteilungszielen, die durch unsere Steuer- und Sozialversicherungssysteme angeblich verfolgt werden, und den äußerst regressiven Verteilungswirkungen der gegenwärtigen Agrarpolitik. Daher erlauben wir uns auch die Bemerkung, daß „es allerdings fraglich ist, ob alle Landwirte, die von Preissenkungen betroffen werden, als sozial bedürftig anzusehen sind“. Selbstverständlich maßten wir uns als Agrarökonom nicht an, die von der Gesellschaft gewünschte Einkommensverteilung zu spezifizieren. Es erscheint uns aber als nicht adäquat und nicht begründbar, die durch die EG-Agrarreform eintretenden Verteilungswirkungen als von der Gesellschaft gewünscht anzusehen.

Da Schmitt keine eindeutige Stellung bezieht, ist seine Position wenig durchschaubar. Derselbe Autor, der uns 1992 vorwirft, wir würden uns bei unserer Analyse der EG-Agrarreform auf ein „völlig irrelevantes Referenzsystem“ beziehen, hat 1986 auf dem internationalen Kon-

greß der Agrarökonomien vorgetragen: „We are convinced that agricultural economists have to return to the old tradition of social science, that is the old tradition of enlightenment by demonstrating the real costs to society of the pursuit of ideological objectives. Arguing in the tradition of social sciences, agricultural economists can and will contribute to a more rational world, to more rationality of the political decision-making process, which of course leads to benefits for all members of society.“³ Sogar in seiner vorliegenden Replik scheint Schmitt die Vorgehensweise zu empfehlen, die wir in unserem Beitrag anwenden: „Zum zweiten sollten sie (die Agrarökonomien, Ulrich Koester und Stephan von Cramon-Taubadel) eine auf die vorgegebenen Ziele ausgerichtete Kosten-Nutzen-Analyse der diesen dienenden Maßnahmen vornehmen, um die Agrarpolitiker über Gewinn und Verlust ihrer Entscheidungen aufzuklären, sie damit zu veranlassen, diese abzuwägen und dann ihre Ziele und Maßnahmen zu überdenken, vielleicht sogar zu ändern.“

Wissenschaftler als Diener der Politik?

Trotz dieser widersprüchlichen Äußerungen scheint Schmitt in seinem Beitrag vornehmlich zu fordern, daß wir die Ziele der Agrarpolitiker als gegeben betrachten sollten. Zu prüfen bleibt dann lediglich, wie diese Ziele bei Kostenminimierung zu verwirklichen sind. Folgt man dieser Empfehlung, so ist der Beitrag politikrelevanter Forschung in einer Gesellschaft unserer Meinung nach sehr begrenzt. Wissenschaftler werden zu Dienern der Politiker degradiert. Kann sich eine Gesellschaft die Finanzierung und Privilegierung einer solchen Zunft erlauben? Folgen Wissenschaftler der von uns (und gelegentlich auch von Schmitt) vertretenen Grundhaltung, so können sie nach unserer Meinung für die Gesellschaft wichtige Dienste leisten. Sie schaffen Transparenz über die Wirkung von Maßnahmen für alle Betroffenen; es werden z.B. nicht nur Landwirte von der Agrarreform betroffen, sondern auch Konsumenten und Steuerzahler. Sie legen offen, welche Verzichte die Gesellschaft insgesamt zu erbringen hat, um die von Politikern postulierten oder zumindest angestrebten verteilungspolitischen Wirkungen zu erkaufen.

Schmitts vorliegender Beitrag steht nicht nur im Widerspruch zu seinen anderweitigen Äußerungen, er weist auch bemerkenswerte Inkonsistenzen auf. Vielleicht wäre es besser, wenn Schmitt zunächst einen Diskurs mit sich selbst führen würde. Diese Kontroverse könnte hoffentlich dazu beitragen, daß er sich zu einer eindeutigen Auffassung bekennt und auch akzeptiert, daß eine Politikanalyse nach guter alter Tradition der Nationalökonomie, wie sie von uns vorgenommen wurde, sicherlich (zumindest) notwendig ist.

² G. Schmitt: The Role of Institutions in Formulation of Agricultural Policy: Their Repercussions on the Challenges of an Agriculture in a Turbulent World Economy, in: A. Maunders, U. Renborg (Hrsg.): Agriculture in a Turbulent World Economy, Brookfield 1986, S. 395 ff.

³ Ebenda, S. 398.